

Europa bestätigt seinen Bedarf an der Nutzung von GVO-Pflanzen und Futtermitteln

Автор(и): Растителна защита
Дата: 20.09.2015 Брой: 9/2015



Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments lehnte den Vorschlag der Europäischen Kommission* ab, wonach jedes Land nach der Genehmigung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eigenständig entscheiden dürfen soll, ob es modifizierte Lebens- und Futtermittel auf seinem Territorium zulässt. Die Entscheidung des Agrarausschusses fiel mit 28 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Vor der Abstimmung im Plenarsaal wird der Vorschlag auch noch vom Umweltausschuss der EU geprüft.

Albert Dess, ein deutscher Europaabgeordneter der Europäischen Volkspartei (EVP), der im Ausschuss für das Gesetzesdossier verantwortlich ist, erklärte, die Botschaft, den Vorschlag zurückzuziehen, sei eindeutig: "Wir haben den einheitlichen europäischen Markt nicht aufgebaut,

um zuzulassen, dass politische Entscheidungen ihn vollständig zerstören." Die Entscheidung der europäischen Elite ist im Grunde ein Eingeständnis, dass der Agrarsektor nicht ausreichend unabhängig ist und nicht unabhängig von globalen Trends und agrarpolitischen Entscheidungen jenseits des Ozeans funktionieren kann. Der deutsche Europaabgeordnete nannte ein konkretes Beispiel mit Geflügelproduzenten, die ihre Tiere mit Soja füttern, von dem 90% aus Ländern mit GMO-Anbau in die EU importiert werden. Fast alle Viehzuchtsektoren sind zu 100% von modifizierten Futtermitteln abhängig und können nicht überleben, wenn deren Import verboten wird. "Wenn wir diese Entscheidung akzeptieren, werden wir viel abhängiger von Lebensmittelimporten aus Drittländern, die nicht immer unsere hohen Produktionsstandards respektieren werden. Und wir wollen ein solches Szenario vermeiden", fügte Dess hinzu.

Der Umweltausschuss im EP wird das letzte Wort zu diesem Gesetzentwurf haben. Sein Bericht, erstellt vom rechtsgerichteten Italiener Giovanni La Via, fordert ebenfalls den Rückzug des Vorschlags. Der Ausschuss für Umwelt und Lebensmittelsicherheit muss sich noch zu der Angelegenheit äußern. Im Oktober werden auch die EU-Agrarminister die GMO-Verordnung diskutieren.

* Im April schlug die Europäische Kommission vor, dass Mitgliedstaaten, nachdem eine GMO von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit für den Anbau als Lebens- oder Futtermittel in Europa zugelassen wurde, die Möglichkeit haben sollten, die Verwendung dieser GMO in ihrer Lebensmittelkette zu verbieten. Sie waren verpflichtet, die Ablehnung mit Argumenten zu begründen, die sich auf Risiken für die menschliche und tierische Gesundheit sowie die Umwelt beziehen, da dies die Gründe sind, aus denen die Verwendung der jeweiligen Sorte auf europäischer Ebene erlaubt oder gestoppt wird.